

Mitarbeit an dem Wiederaufbau werden wir nicht versagen. (Beifall rechts.)

Reichswehrminister Noske: Mit der wüsten Schimpferei gegen die Truppen im Baltikum ist es allerdings nicht getan. Ihre Motive sind zu respektieren. Denn die Leute fühlen sich in ihren Erwartungen betrogen. Als Rot an Mann war, hat die lettische Regierung die Einbürgerung versprochen und die Ansiedelung in Aussicht gestellt. Aber die deutsche Regierung muß jetzt alles daransetzen, um Deutschland vor schweren Konflikten mit den alliierten Regierungen zu bewahren. Ich möchte mit allem Nachdruck und mit tiefem Ernst an jenen Teil der Presse die Mahnung richten, nicht unsere Arbeit in dieser ersten und gefährlichen Situation noch weiter zu erschweren. (Sehr richtig! Links.) Ich kann der deutschen Presse den Vorwurf nicht ersparen, daß sie ein unverantwortliches Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes und Landes treibt. Wir tanzen auf einem Vulkan; man sollte uns die Arbeit nicht noch schwerer machen. Das deutsche Offizierskorps hat immer in seiner großen Mehrheit aus armen Leuten bestanden, die ihre Ehre darin setzten, ihrem Vaterlande zu dienen. Wie die Propaganda getrieben wird, den militärischen Apparat zu zermürben, der mit Mühe wieder aufgebaut worden ist, ergibt sich aus einer Broschüre, in der den Soldaten angelassen wird, daß sie ihre eidlichen Verpflichtungen nicht halten sollen. Gedruckt ist dieses Pamphlet in der Druckerei der Deutschen Tageszeitung, und zwar im Auftrage des Vorstandes der Deutschnationalen Partei. (Zuruf: Vandesverräter! Große Unruhe.) Selbstverständlich habe ich gegen die Schuldigen Strafantrag gestellt mit dem Befehl, daß in so unerhörter Weise der Versuch gemacht wird, die Soldaten zu Treulosigkeit und Unbotmäßigkeit zu verführen. Deutschland muß zum Untertanen kommen, wenn nicht in allen Schichten des Volkes die Erkenntnis Platz greift, daß es nicht angeht, immer noch mit schmutzigen Fingern in den Wunden herumzuvühlen. Solange wir die Geschäfte führen, sind wir bereit — das sage ich den Herren von rechts wie von links — unseren Worten auch Taten folgen zu lassen. (Beifall bei der großen Mehrheit.)

Es folgt die zweite Lesung des Haushalts der Reichsjustizverwaltung.

Abg. Waldstein (Dem.): Ich möchte zunächst den neuen Reichsjustizminister, den ich an seiner Stelle begrüße, fragen, ob eine weitere Amnestie zu erwarten ist. Die Reform des Strafrechts muß baldigst in die Wege geleitet werden. Auch wäre mir eine Auskunft erwünscht, wie es mit dem Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses steht. Wie steht es mit der Frage der Verlängerung der Patente? Ich hoffe, daß der neue Reichsjustizminister ein Minister der Reformen sein wird. Zur Mitarbeit wird er die Nationalversammlung immer bereit finden. (Beifall links.)

Reichsjustizminister Schiffer: Wenn Abg. Waldstein den Wunsch ausgesprochen hat, daß das Reichsjustizministerium ein Ministerium von politischer Bedeutung werden müsse, so glaube ich, ihn dahin verstehen zu sollen, daß ich damit nicht etwa die Politik in das Recht hereinbringen will, sondern umgekehrt, daß das Recht in höherem Maße in die Politik hineinzubringen ist. Die Absicht, eine neue Amnestie zu erlassen, besteht nicht. Wir haben eher zu viel als zu wenig Amnestien gehabt. (Sehr gut! Rechts.) Der Entwurf einer Reform des Strafrechts ist fertiggestellt und wird demnächst veröffentlicht werden. Ueber die Frage des Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses schreiben Erwägungen. Was die Verlängerung der Patente anbelangt, so haben sich Vertreter der in Frage kommenden Industrien gegen eine solche Verlängerung ausgesprochen. Die schweren Mängel im Anwaltswesen erkennen wir vollständig an. Diese Frage ist aber nicht so eilig, daß wir das Penum der Nationalversammlung damit noch belasten zu sollen glauben.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Leider hat sich der neue Reichsjustizminister auch gegen das Laienlement in der Rechtspflege, das Volksrichtertum, ausgesprochen. Die Entwicklung wird aber seine Ansicht hinübergehen.

Abg. Singheim (Soz.): Jetzt ist es an der Zeit, auch in der Justiz mehr als bisher soziale Anschauungen zur Durchführung zu bringen. In erster Linie müssen Untersuchungshaft und Strafverfolgung einer gründlichen Reform unterzogen werden. Es ist auch an der Zeit, nicht nur an eine Reform des Strafprozesses, sondern auch vor allen Dingen an eine grundlegende, durchgreifende Zivilprozessreform zu denken. Dabei muß die Einheit des Gerichtswesens soweit als möglich gewahrt werden. Andererseits verlangen wir eine größere Freiheit des Richters. Der Richter muß von subalternen Geschäften entlastet werden. Das ganze Reformwerk muß aber schon bei der Universitätsausbildung unserer Juristen einfließen.

Reichsjustizminister Schiffer: Die Ausbildung der Juristen ist Sache der Einzelstaaten, aber doch ist das Reich daran interessiert. Der Belagerungszustand besteht noch im alten Recht. Sobald ein neues Reichsgesetz über den Belagerungszustand erlassen ist, werden alle Bemängelungen des jetzigen Zustandes fortfallen.

Der Haushalt der Reichsjustizverwaltung wird bewilligt. Es folgt der Haushalt für das Reichsfinanzministerium. Als Berichterstatter spricht der Abg. Wurm (U. S.).

Abg. Dr. Birtz (Zentr.): Es ist dem Herrn Minister und seinen Mitarbeitern gelungen, die großen Schwierigkeiten, die sich zeigten, in großartiger Art zu überwinden. Die Reichsregierung erklärt, daß sie auf eine Neuordnung des Besoldungswesens mit Wirkung vom 1. April 1920 durch die zuständige Stelle, das Reichsamt des Innern, hinwirken werde. Ich möchte den Herrn Reichsfinanzminister dringend bitten, auf diese Neuordnung des Besoldungswesens möglichst scharf hinzuwirken. Ich bitte den Herrn Reichsfinanzminister, im Interesse des Reiches wie der Bundesstaaten dahin wirken zu wollen, daß dem Gedanken der Vereinheitlichung auf dem Wege der Besoldungsreform möglichst bald Nachdruck verliehen werde. Ich bin, und wohl auch der Herr Reichsfinanzminister ist mit mir der Überzeugung, daß es den Beamten aller Länder nicht schwer fallen wird, die Härten zu beseitigen. Ich meine, daß durch diesen Zusatz ein gewisses Einvernehmen erzielt werden sei.

Reichsfinanzminister Erzberger: Mit der einheitlichen Steuerverwaltung wird ein Werk geschaffen, das ein Markstein in der Entwicklung des Reiches ist. Seine politische Bedeutung liegt darin, daß damit der Anfang zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates gemacht wird. Die Unabhängigkeiten werden auf dem Verwaltungsweg zu beseitigen sein, nachdem eine gewisse Versuchszeit eingetreten sein wird. Vor allen Dingen werden sich inzwischen auf dem Gebiete des Post- und Eisenbahnwesens ebenfalls Autono-

mien vollzogen haben. Dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, die Reichsprovinzen festzulegen. Der Wille der Reichsregierung geht dahin, dem deutschen Volke den Einheitsstaat zu geben, der uns ein kraftvolles deutsches Einheitsreich schafft. Ich bin der Nationalversammlung dankbar, daß sie in kurzer Frist eine Einheit in der Finanzverwaltung herstellen will. Ich hoffe, daß auch neben die Reichssteuerverwaltung ein einheitliches Reichssteuerrecht in Deutschland treten wird. Dies sind zwei Grundpfeiler für den systematischen Wiederaufbau der ganzen Reichsleitung. Ein Vorteil liegt darin, daß die große Menge der einschläglichen Ausführungsbestimmungen überflüssig wird. Es ist absolut notwendig, daß das große Werk der Reichsfinanzreform noch vor Beginn der Ferien, am Ende des Monats, verabschiedet wird. Die Reichsschuld wächst von Monat zu Monat, die Ausgaben wachsen von Tag zu Tag. Eine teilweise Verabschiedung der Steuergesetze ist unvermeidlich. Meine Absicht ist es, die neue Besoldungsordnung in rechtzeitig vorzulegen, daß sie zum 1. April 1920 in Kraft treten kann. Die allgemeine Besoldungsordnung kann aber erst dann kommen, wenn die Vereinheitlichung des Beziehrwesens durchgeführt sein wird. Die Zahl der Beamten, die durch diese große Aktion in den Reichsdienst übergeführt werden wird, beläuft sich bei den Eisenbahnen und der Post von Bayern und Württemberg auf etwa eine halbe Million. Im Reichsministerium des Innern ist die Reform des Beamtenrechts in enger Fühlung mit den Beamten im Gange. Ich richte an die Beamten- und Arbeiterorganisationen der Eisenbahn und Post das Ersuchen, nicht mehr mit neuen Forderungen an uns heranzutreten. Sie würden uns damit vor unklare Aufgaben stellen. Alle Wünsche, die irgendwie erfüllt werden können, werden erfüllt. Die besondere Vereinbarung für Bayern ist getroffen worden, weil der bayerische Landtag nicht in der Lage war, einen Etat aufzustellen.

Abg. Stolten (Soz.): Die Einheitlichkeit unserer bisherigen deutschen Staateneinteilung, bei deren Schaffung die Vermittlung ebenfalls nicht Gebotter gefunden hat, wird zum Teil in die Einteilung der Landesfinanzämter übernommen. Die Instanz der Ein- und Ausfuhr auf der Weser und Elbe wird naturgemäß in Zukunft an Bedeutung gewinnen, weil mit mehr Ausführungsvermögen als bisher zu rechnen sein wird. Da wäre eine einheitliche Zollbehandlung erwünscht.

Abg. Dr. Bunt (Dem.): Die ganze Konstitution in der Einteilung der Landesfinanzämter ist dadurch entstanden, daß die Sozialdemokraten unseren Antrag abgelehnt haben, durch den wir die Einteilung des Deutschen Reiches in die Landesfinanzämter durch das Reich geregelt hätten wollen. Es ist aber immer noch nicht zu spät, ein Reichsgesetz zu schaffen und auch jetzt noch organische Arbeit zu leisten.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Beschwörung Hamburgs halte ich für begründet und berechtigt. Nach Lage der Verhältnisse können wir aber die Sache momentan nicht ändern. Ich werde mit Preußen in Verbindung treten, ob nicht doch noch eine andere Lösung auf dem Wege der Vertretung eintreten kann. Im Hamburger Hafen können unmöglich drei Zollrichtungen tätig sein.

Der Haushaltsplan für das Reichsfinanzministerium wird sodann in seinen Einzelheiten nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso die Entscheidung des Ausschusses wegen der Bezirkseinteilung der Landesfinanzämter.

Darauf wird vertagt. Eingegangen ist eine Interpellation der Sozialdemokraten betr. Maßnahmen gegen die Preissteigerungen für Häute, Leder und Schuhwaren infolge teilweiser Aufhebung der Zwangsversteigerung.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 7. Oktober.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige Anfragen, die durch Regierungsvertreter beantwortet werden.

Darauf setzt das Haus die Beratung der Haushalte der direkten Steuern und der Zölle und indirekten Steuern mit den dazu gestellten Anträgen fort.

Abg. Dr. Rodenhauer (Deutsche Sp.): Die Verwaltung muß vollständig neu eingerichtet werden, weil wir vor einer vollkommenen Revolution auf diesem Gebiete stehen. Bei der Neubildung der Verwaltung sollen Ausbildungskurse eingerichtet werden für Privat-Wirtschaftslehre, für Volkswirtschaftslehre und für Steuerrecht unter Heranziehung von Theoretikern und Praktikern.

Ich bitte, alle Einkommen unter 3000 Mark von der Steuerentlastung zu befreien. Solange die Befreiung im Westen dauert, wird Deutschland einen außerordentlich schwierigen Stand in der Durchführung der Ein- und Ausfuhrverbote und in der Erhebung von Zöllen haben, auch wenn vom 1. Oktober die Zölle an der schließlichen Grenze eingeführt werden. Es muß unter allen Umständen die sogenannte wirtschaftliche Orientierung nach dem Westen durchgeführt werden. Bezüglich des Rheinlandes ist in der französischen Kammer gesagt worden, es müßten alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Rheinland zu vertiefen. Diese Erklärungen müssen doch im Rheinland endlich allen die Augen öffnen und ihnen zeigen, wohin die Reise geht.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Haushalt der direkten Steuern und der der Zölle und indirekten Steuern wird nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses bewilligt und die Anträge desselben Ausschusses angenommen. Die Urmasse Gronowski (Zentrum) auf Steuernachlaß für linderliche Familien, Adolf Hofmann und Genossen auf Umgestaltung der Staatsentkommensteuer und der Antrag der Sozialdemokraten auf Einschränkung der Steuerbefreiungen, die aus Eingemeindungen herrühren, gehen an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die erste Beratung der Gesetzentwürfe betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für 1919, sowie zweier Nachträge zu denselben.

Abg. D. Leidig (Deutsche Sp.): Der Finanzminister sagt, die Ueberführung der Steuerhoheit auf das Reich sei in enger Fühlung mit der Landesversammlung erfolgt. Im Gegenteil! Die Regierung stellt die Landesversammlung dauernd vor vollendete Tatsachen, und diese akzeptiert sie ganz. Die Besatzung in Süddeutschland habe sich die Steuerverwaltung bewahrt, während sie in Preußen verlagert habe, ist nicht richtig.

Abg. Schönbäcker (Soz.): Wir hoffen, daß durch die parlamentarischen Unterstaatssekretäre ein enger Zusammenarbeiten zwischen Parlament und Regierung gewährleistet werden wird. Von dem neuen Volkswohlfahrtsministerium, das durch Nachtragsetat etabliert wird, erhoffen wir namentlich tatkräftige Arbeit auf dem Gebiete der Wohnungspflege.

Abg. v. Kardorff (Deutschnat. Sp.): Wir haben den Gedanken gegen die Ueberleitung der preussischen Steuern auf das Reich, weil dadurch die Kommen in ihren Vermögenswerten sehr beschränkt werden.

Die Vorlagen gehen an den Haushaltsausschuß. Abg. Klotz (NS) zieht sich durch Zeitungsanfragen eine Abfindung von 170 Millionen Mark für den ehemaligen König von Preußen veranlaßt, in den schärfsten Tönen und Tönen unter größter Unruhe des Hauses seine Absichten des „Verbrechens“ auszudrücken.

Abg. Dr. Kachler-Greifwald (Deutschnat. Sp.) legt eine drückende Beschwerde gegen die unerhörte Herabwürdigung des ehemaligen Kaiserhauses ein.

Abg. v. Bartsch (Soz.): Wir sind der Auffassung, daß nach der Staatsgerichtshof entscheiden muß. Wir haben keine Veranlassung, daß angesichts des Glendes im Reich früheren deutschen Kaiser irgend eine Summe ausbezahlt wird. Das deutsche Volk verdankt den Hohenzollern ganzes Land.

Finanzminister Dr. Siedekum: Da die erst erlassenen Verordnungen sich als nicht hinreichend erwiesen haben, zugleich einer reinlichen Trennung zwischen Privatvermögen und Staatseigentum, ist von mir eine zweite Verordnung erlassen. Die Beschlagnahme ist erfolgt in erster Linie zum Zweck, die Sicherheit des Eigentums gegen Verschleppung ins Ausland zur Verhinderung von Zugriffen unberechtigter Personen zu sichern. Es sind trotzdem wertvolle Sachen von unberechtigten Personen verschleppt worden. Das beschlagnahmte Vermögen steht durch frühere Hofbehörden verwaltet und zwar nach dem Monat zu Monat aufzustellenden Nachweisung. Es ist auch der allmähliche Abbau der Hofverwaltungen. Die bisherigen Ausführungen über die Höhe der Abfindung sind absolut richtig. Es ist niemals die Summe von 170 Millionen genannt worden. Natürlich darf über das private Eigentum der Familie nicht ohne Rückspruch oder Vertrag verfügt werden. So lange der ehemalige König nicht vor einen Staatsanwalt gestellt ist, kann für die Finanzverwaltung nur der Grundbesitz maßgebend sein. Daß dieser ohne jede Berücksichtigung der Momente Anwendung findet, versteht sich von selbst.

Die Beschlagnahme wird genehmigt, ebenso eine weitere Verordnungen ohne Erörterung.

Die Verordnung vom 21. Januar über die andere Regelung des Gemeindefinanzrechts wird, nach kurzer Erklärung des Abg. Wipfel (Dn. Sp.) und des Finanzministers Dr. Siedekum genehmigt.

Nachdem noch ohne Erörterung der Haushalt der Sozialverwaltung bewilligt ist, wird Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch.

Deutschland.

Der Anschlag auf den Abg. v. Haege. Die Verlegungen des Abgeordneten Haege sind unerschütterlich zu sein. Der Vater, der Lederarbeiter Johann Haege, geboren am 7. Juli 1868 zu Wiener Neustadt, war in Berlin als Mieter Blumenstraße 21 und wurde nach dem im Polizeirevier Mittelstraße verhaftet und am 2. Oktober dem Polizeipräsidium überführt. Er gab (mit seiner Zeitung bei seiner Vernehmung noch an, sein Vater, Reichsdeutscher aus Lübeck gewesen. Er habe die Volkswirtschaft und bei völliger Minderjährigkeit bemerkt, weil es so nicht weitergehe. Er war auch der Meinung, daß er Haege getötet habe und sprach seine Meinung darüber aus. Er erklärte auf der Wache, er sei schon länger Zeit in Berlin und sei politisch nicht interessiert. Er sei einem inneren Drange gefolgt. Später an, er habe die Tat vollführt, um Haege einen Dankschreiben zu geben, weil er gegen ihn einen Prozeß zur Erpressung angestrengt habe. Er habe nicht beabsichtigt, zu töten. Dem Vorwärts zufolge machte der Anschlag den Eindruck eines Geisteskranken. Haege wurde im Heilwig-Krankenhaus gebracht. Er war bei dem Anschlag von seiner Gattin begleitet, die unversehrt geblieben ist.

Die Spartakusheide im Ruhrgebiet. Die verlässigen Mitteilungen herrscht in den Städten des Ruhrgebietes wieder eine starke Gärung unter den Arbeitern, die durch eine ständig sich steigende kommunistische Bewegung verursacht ist. Insbesondere aus Duisburg herübertrug durchsichtige konkrete Nachrichten vor. Hier mußten die Bestrebungen der Unruheherde dahin, ein hohes Maß von Agitation die Massen so vorzubereiten, wenn sich im Laufe der nächsten Zeit erhebliche Schwierigkeiten in der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung zeigten sollten, die vorhandene Nervosität und Unzufriedenheit zu einer Aktion im Sinne der Spartakus-Bestrebungen ausgenutzt werden kann. Es ist zu wünschen, daß rechtzeitige und ausreichende Maßnahmen Sicherheitsmaßnahmen angeht, die der uns beabsichtigten Ereignisse getroffen werden. — Wie die Rhein-Westfälische Zeitung berichtet, hat die Streikbewegung der Berliner Metallarbeiter Kuriers in das Ausland geschickt, um dort gleichfalls zu einem Streik zu kommen.

Zur Regierungskrise in Bayern. Der geordnete Feld, Vorsitzender der Bayerischen Volksversammlung, sprach in Deggendorf über die derzeitige Regierungskrise. Die Sozialdemokraten hätten sich bei der Revolution die Macht angeeignet, an dem Gedanken festgehalten, allein die Regierung zu bilden, obwohl sie bei den Wahlen bloß ein Drittel der Stimmen erhalten hätten. Er als das finanzielle Erbe der Republik hätte übernommen, die Verantwortung durch die Bildung eines Koalitionsministeriums dadurch teilen wollen, daß man jetzt auf die Uebernahme des Ministerpräsidenten an ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei dränge. Aber diese könne nicht Verantwortung für die Durchführung dessen übernehmen, was durch das Ministerium Hoffmann angeregt worden sei.

Vermischte Nachrichten.

* Eine Riesin. Die Tochter Sophie des Herrn Hermann Kallmayer in Eitzig (Eich) entwickelt sich mehr zur „Riesin“. Das erst 17 Jahre alte Mädchen ist 2,15 Meter groß und annähernd drei Meter schwer. Die Fußlänge beträgt 37 Zentimeter, die Handlänge 25 Zentimeter, die Fingerlängen haben einen Umfang von 8,5 Zentimeter. Auf die außergewöhnliche Größe der Riesin hat auch das Lebensmittelamt Rücksicht genommen und dem Riesentisch die dreifache Menge an Lebensmitteln verabreicht wie den übrigen Ortseingewohnten. Das Mädchen erweist infolge seiner riesigen Körperschaft lebhaftes Interesse bei Ärzten und Laien. Offiziere und Mannschaften in der Nähe liegenden englischen Besatzungstruppen suchen das Mädchen ebenfalls auf und bestaunen es.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems.

Obstmärkte in Bad Ems.

Mit Genehmigung des Herrn Administrators werden hier
am **Mittwoch, den 15. Oktober** und
am **Mittwoch, den 22. Oktober**

neben der Wandelbahn Obstmärkte abgehalten. Die Anfuhr
von Gemüse und Kartoffeln ist ebenfalls erwünscht. Bei
ungünstiger Witterung kann die Aufstellung des Obstes usw.
in der überdeckten Wandelhalle erfolgen.

Bad Ems, den 9. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Abschrift.

Der Landrat. Diez, den 2. Oktober 1919.

An den Magistrat der Stadt Bad Ems.

Auf Befehl des Herrn Chefs der Kreisverwaltungs-
Der Herr Oberamtsrat hat angeordnet:

Die durch Abreise der Bewohner, sei es durch Vertrags-
ende, sei es infolge Ausreise aus dem Ort, frei werdenden
Wohnungen sind sofort zur Verfügung der militär. Kommission
zu stellen und können nicht von neuem belegt werden, solange
nicht diese Kommission ihr schriftliches Einverständnis hierzu
gegeben hat.

J. B.:

gez. Schuerm.

Vorstehende Anordnung wird zur genaueren Beachtung ver-
öffentlicht, frei werdende Wohnungen sofort bei unserem
Stadtbauamt anzumelden.

Bad Ems, den 2. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Badbetrieb

in den Wintermonaten 1919/1920.

Der Betrieb in der Badeanstalt bei den Vier
Türmen wird vom 11. ds. Mts. an, im **Neuen Ba-
dehaus** und in allen **staatlichen Inhalatorien** vom
16. ds. Mts. an eingestellt. Geöffnet bleiben vorläufig bis
auf weiteres vom 16. ds. Mts. an die **Badeanstalt** beim
Europäischen Hof zur Ausgabe von Thermalbädern
bei frostfreiem Wetter, an allen **Mittwochen u. Samstagen**
(Feiertage ausgenommen) von 8 bis 12 bzw. 1 Uhr; die
Trinkhallen an allen **Werktagen** von 8 bis 12 und 4
bis 5 Uhr und an **Sonn- und Feiertagen**, solange Be-
dürfnis vorhanden von 11 bis 12 Uhr, zur Abgabe von
Mineralwasser am Kessel- und Kränchenbrunnen I. Die
übrigen Trinkstellen bleiben geschlossen. [56]

Bad Ems, den 10. Oktober 1919.

Staatl. Bade- und Brunnendirektion

Kursaal zu Bad Ems.

Samstag, den 11. Oktober 1919, 8 bis 10 Uhr abends

KONZERT

der **Bad Emser Stadtkapelle**,

Dirigent: **Richard Werner**.

zugunsten des **Opfertages** für die Kriegs-
beschädigten und -Hinterbliebenen-Fürsorge des
Unterlahnkreises am Sonntag.

Eintritt 1 Mark.

Der Besitz eines Programms berechtigt zum Eintritt.

Für die zahlreichen Geschenke, Glückwünsche
und Blumenspenden zu unserer **Vermählung**
sagen wir allen auf diesem Wege **herzlichen Dank**.

Otto Stunkel u. Frau

EMS.

Liesbeth, geb. Kasper.

Mein **Büro** ist jetzt durchgehend von
8-4 Uhr geöffnet.

Gies,

Rechtsanwalt und Notar.
Nassau a. L.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres guten Vaters, Schwie-
geraters, Großvaters, Bruders, Schwagers und
Onkels, des

Herrn Karl Bad,

Badermeister,

sagen wir allen, besonders dem Kriegerverein
Alemannia, den Herren Trägern und für die
vielen Kranzspenden innigsten Dank.

Frau Margarethe Bad, geb. Spriestersbach
und Kinder.

Bad Ems, Karlsbad u. Solingen, den
9. Oktober 1919. [46]

Vereinigung von Mitgliedern der Zentrumspartei Diez, Freindiez und Umgebung.

Zu der am nächsten **Sonntag, den 12. ds. Mts., nachmittags**
4 Uhr (5 Uhr deutsche Zeit) im Saale des Hotel „**Hof von Holland**“
stattfindenden **VERSAMMLUNG**, Tagesordnung: **Die vor-
stehende Gemeindewahl**, werden hiermit unsere Mitglieder und
alle diejenigen, welche unserer Vereinigung beitreten wollen, freundlichst
eingeladen. Es ist von grosser Wichtigkeit, dass sowohl Männer als Frauen,
Jungmänner und Jungfrauen vollzählig erscheinen.

Diez, den 10. Oktober 1919.

Der Vorstand.

Mein Kurz-, Weiss-, Wollwaren-Geschäft

befindet sich ab 1. Oktober in dem früheren

Hanse Otto Velde

Diez, Rosenstrasse 22

B. Schmiemann.

M.-G.-V. Eintracht

Bad Ems.

Sonntag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
im Saale des Rheinischen Hofes

KONZERT und BALL

zur Feier des 46. Stiftungsfestes.

Die geehrten Vereinsmitglieder nebst Angehörigen
werden zu dieser Feier ganz erg. eingeladen.

Eintrittspreise für Nichtmitglieder:
Herren 3,00 M., Damen 1,00 M.

Tanz frei.

Der Vorstand.

Wald-Café Lindenbach, bei Bad Ems.

Sonntag, 12. Oktober

erstklassiges

Künstler-Konzert

ab 7 Uhr abends

Tanz

Weinzwang

Singhofen

Große Tanzmusik

zum Gentesfest

am **Sonntag, den 12. Okt., von nachm.**

3 Uhr ab im Saale der alten Post.

Bingel.

Diez. Hof von Holland.

12. Oktober 1919: Opfertag,
8 Uhr abends MEZ.

BALL.

Reinertrag zugunsten der
Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen.

Hotel-Uebernahme.

Mit dem heutigen Tage habe ich das

Hotel Alemannia

Bad Ems, Braubacherstr. Nr. 59, am Bahnhof
übernommen.

Eröffnung Samstag, den 11. Okt.

Es wird mein aufrichtiges Bestreben sein,
Renommee des Geschäftes zu wahren und die ver-
lichen Gäste zufrieden zu stellen.

Empfehle eine reichhaltige **Tagesplatte**,
sowie vor allen Dingen

prima Mosel- u. Rheinweine.

Ferner gelangt zum Ausschank

ff. Königsbacher Bräu, Coblenz.

Um gefl. Zuspruch bittet

H. Fürhoff

Mehrere kräftige Arbeiter

für Akkordarbeit sofort gesucht.

Alt, Sägewerk, Bad Ems

Nemmenauer

Nachfirmes

wozu einladet

Gastwirt Schmidt.

Erster Sammler sucht aus
Privat- und Briefmarken-
Sammlung jeglichen Um-
fanges zu kaufen.

Ebenfalls alte Marken
sowie auf Brief für
gute Marken zahle guten
Preis. Komme zum Ver-
käufer. Angebote mit kurzer
Angabe über die Höhe des
Objekts unter „Briefmar-
ken-Sammlung“ bahn-
postlagernd Coblenz. [35]

+ Kluge Frauen +

gebrauchen bei

Regelstörung

und Störung meine in den har-
nächsten Fällen bestbewährten
Special-Mittel. Bist. unschädlich!
mit Garantiechein, wenn alles
nicht gehoben, machen Sie noch
einen Versuch, auch Sie werden
mir stets dankbar sein.
Distr. Versand G. Ahlberg,
Hamburg, Poststr. 21.

Eine Stütze,

die in allen Hausarbeiten erfahren
ist, gesucht. Angebot u. D. 77 an
die Geschäftsstelle erbiten. [38]

Feinbes

Winterob

zu verkaufen.

Jungfernhöhe bei Bad Ems.

Verkauft: Desimalmaße,
herd mit Backofen, verstellb.
Weinlager, Kleiderschrank,
Büschelstuhl, Nachtschrank,
Stühle, Tische, Spiegel, ge-
derbeistelle, Kinderwagen,
Schreibstisch, pol. Bett,
verschiedenes.

Emd, Bahnhofstr.

1 Dfen, mehrere

steinerne **Cinmach**

1 Petrol-Koch-App

(6 flammig) zu verkan

Wo, sagt die Geschäfts

Kaufe Möb

ganze Einrichtungen

Höchstwert.

Georg Faulhaber

Coblenz, Florenz

gasse 5, Telefon

Karte gerügt

Badewanne,

Fahrrad

mit Freiradlauf und

bremse zu kaufen gesucht.

bote mit Preis unter 3. 20

die Geschäftsstelle, Ems,

Wohnhaus

in Bad Ems zu kaufen

Angabe unter G. 336

Geschäftsstelle, Ems, an

Die Firma, die durch

N. 21 in den Besitz me

nisse gelangt ist, bitte ich

diesem zurücksenden zu

Karl Sed, Poststr. 21.